



NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
IV NRW

Heft 1/2017

1. Quartal

www.bund-nrw.de



Foto: D. Jansen

Kampf um den Hambacher Wald



D. Jansen

Landschaftsfresser Braunkohle

Kampf um den Hambacher Wald

Bevor die Braunkohle-Bagger kamen, war der Hambacher Wald mehr als 4.000 Hektar groß. Geht es nach dem Willen von RWE, dann wird dieses einzigartige Refugium der Natur am Niederrhein bis auf wenige Reste zerstört. Dagegen wehrt sich der BUND seit vielen Jahren. Auch radikale Umweltschützer*innen wollen den Wald retten. Die Lage spitzt sich zu.

Im Jahre 1978 wurde mit dem Aufschluss des Braunkohlentagebaus Hambach in der Niederrheinischen Bucht bei Köln begonnen. Seitdem entsteht zwischen Bergheim und Jülich das "größte Loch Europas": Auf einer Fläche von 85 Quadratkilometern dringen die Bagger in Tiefen von über 450 Metern vor, um die Kohle zu fördern. Bis heute wurden bereits 6.000 Hektar Landschaft zerstört.

Die RWE Power AG plant in Hambach den Abbau von weiteren 1,4 Milliarden Tonnen Braunkohle bis zum Jahre 2040. Die Förderung lag 2015 bei etwa 41 Millionen Tonnen, womit dieser Tagebau der größte des Rheinlandes ist.

Durch den Tagebau verlieren nicht nur tausende Menschen ihre Heimat, auch der Lebensraum von Bechsteinfledermaus, Mittelspecht, Haselmaus und Co. ist akut bedroht. Insgesamt sind 142 planungsrelevante Vogelarten, 12 streng geschützte Fledermaus-

sowie diverse Amphibienarten betroffen. Denn mit dem Vordringen der Bagger gehen jedes Jahr etwa 80 Hektar des Hambacher Waldes verloren.

Dieser einzigartige Maiglöckchen-Stieleichen-Hainbuchenwald soll bis auf wenige inselartige Reste abgeholzt werden, um an die bis zu 450 Meter tief lagernde Braunkohle zu gelangen. Dabei erfüllt der Wald alle Kriterien der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie der Vogelschutz-Richtlinie und hätte deshalb streng geschützt werden müssen. Zum Schutz des Bergbaus hat die Landesregierung dies allerdings unterlassen.

Gegen diesen Naturfrevel wehrt sich der BUND seit Jahrzehnten: Mit verschiedenen Klagen und vielfältigen Aktionen haben wir versucht, die Bagger zu stoppen. Bislang vergeblich. Mit der Fortentwicklung des europäischen Umweltrechts steigen aber auch die juristischen Chancen. Aktuell klagt der BUND deshalb



„Rote Linie“: Zum Erreichen der Klimaschutzziele muss der Tagebau bald stoppen. Dafür kämpft auch der BUND mit seinem „Sperrgrundstück“ in Nähe des Hambacher Waldes.

Fotos: H. Perschke



www.bund-nrw.de/hambach

gegen die Fortführung des Tagebaus von 2020 bis 2030. Setzen wir uns vor Gericht durch, könnten 224 Hektar Wald gerettet werden.

Und auf das RWE wartet eine weitere Hürde: Noch vor der Trasse der alten Autobahn A 4 liegt ein BUND-Grundstück, das den Baggern den Weg versperrt. Der Kohlekonzern hat deshalb die Zwangsenteignung beantragt. Auch dagegen werden wir uns mit allen friedlichen Mitteln zur Wehr setzen.

„Rote Linie“ für den Tagebau

Das Grundstück und die alte Autobahntrasse markieren die von vielen Braunkohlekritiker*innen und Bürgerinitiativen postulierte „Rote Linie“. Sie soll sagen: „Bis hierhin und nicht weiter!“ Auch fachlich findet die Linie eine Begründung. Der BUND hatte vom Öko-Institut Freiburg berechnen lassen, wie viel Braunkohle in Hambach noch gefördert werden dürfte, wenn die Klimaschutzziele in Bund und Land noch erreicht werden sollen. Danach müssten drei Viertel der Kohle im Boden bleiben, was in etwa mit der „Roten Linie“ übereinstimmt.

Neben dem BUND kämpft vor allem die Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ um Antje Grothus und Andreas Büttgen für den Stopp des Tagebaus und den Erhalt des Hambacher Waldes. Dazu hat sich eine breite Protestszene etabliert. Der Waldpädagoge Michael Zobel und Eva Töller organisieren monatliche Waldspaziergänge, wodurch Tausende die Schönheiten des Waldes und das Ausmaß der Zerstörung erleben konnten. Radikale Umweltschützer*innen halten seit 2012 den Wald besetzt. In zum Teil komfortabel ausgebauten Bäumhäusern bilden sie einen menschlichen Schutzschild gegen die RWE-Kettensäge.

Der Wald wurde zum Kampfgebiet

Doch inzwischen bestimmen mehr und mehr Horormeldungen von Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten Aktivist*innen und dem RWE-Werk-

JETZT MITMACHEN!

Helfen Sie mit, die Rodungen zu stoppen!

- ▶ Unterschreiben Sie die Petition zur Rettung des Hambacher Waldes: www.bund-nrw.de/braunkohle
- ▶ Unterstützen Sie die BUND-Klagen gegen Braunkohle: www.bund-nrw.de/spenden

**Kohle stoppen -
Hambacher Wald
retten!**



**UNTERSCHREIBEN SIE DIE
PETITION!**

schutz die Schlagzeilen. Seit der Rodungssaison 2015 eskaliert die Gewalt. Brandsätze wurden gelegt, es kam zu Sabotageakten an Bergbaueinrichtungen, Stein-schleudern kamen zum Einsatz. Ein RWE-Mitarbeiter fuhr mit einem Pick-up auf einen Aktivist*innen los und verletzte ihn. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in zahlreichen Fällen wegen gefährlicher Körperverletzung. Friedliche Kohlegegner*innen berichten ferner von gewalttätigen Übergriffen der Polizei. Laut Innenministerium wurden mehr als 1.000 Anzeigen erstattet. Der Einsatz von Helikoptern, Wasserwerfern, Hundestafeln und Bombenräum-Komandos scheint zur Normalität zu werden.

Diese untragbare Situation zeigt, wie wichtig ein Kohlekonsens ist. Man wird allerdings den Eindruck nicht los, dass dieser von einigen Akteuren nicht gewünscht wird, bieten die gewalttätigen Auseinandersetzungen doch eine Steilvorlage, den gesamten Braunkohlenwiderstand zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

Hier ist die Politik gefordert: Wir brauchen einen ernsthaften „Friedensplan“ für den Hambacher Wald und einen klaren Fahrplan für die Energiewende und den Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlenrevier. Daran wird der BUND auch die Kandidat*innen für den neuen Landtag in NRW messen. (dj)

Landtagswahl 2017

Kohleausstieg vorantreiben

Etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen Deutschlands wird in NRW erzeugt. Der Verbrennung von Braun- und Steinkohle zur Stromerzeugung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Deshalb muss dieser Sektor auch deutlich schneller emissionsfrei werden als andere Bereiche. Ohne den möglichst schnellen Ausstieg der Kohle bleiben die Klimaschutzziele unerreichbar.

Der BUND fordert deshalb zur Landtagswahl, im Rahmen einer neuen Leitentscheidung zur Braunkohlenpolitik alle Tagebaue zu verkleinern. Nur noch ein Viertel der in den genehmigten Tagebauen verfügbaren Kohle darf gefördert werden. Neue Kohlemeiler wie das in Bergheim-Niederaußem geplante BoAplus-

Kraftwerk dürfen nicht mehr genehmigt, die ältesten Kraftwerksblöcke müssen sofort stillgelegt werden. Die finanzielle Bewältigung der Tagebaufolgen und Ewigkeitslasten ist verursachergerecht abzusichern und zwar mittels Sicherheitsleistungen der RWE AG sowie mittels der Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Fonds für die langfristigen Schäden. (dj)



www.bund-nrw.de/braunkohle



D. Jansen

Standpunkt

Ökologisch wählen!

2017 ist Wahljahr, auch in Nordrhein-Westfalen. Schon am 14. Mai werden wir einen neuen Landtag wählen.



Rückblickend auf die aktuelle Regierung könnte man es auf einen knappen Nenner bringen: guter Koalitionsvertrag wenig gewinnend umgesetzt.

Die rot-grüne Landesregierung hat nicht davor gescheut, die undankbare Aufgabe der Jagdgesetznovelle anzupacken und hat das bisher beste deutsche Jagdgesetz auf die Beine gestellt – was angesichts der niedrigen Messlatte nicht allzu schwierig war.

Auch beim Landesnaturschutzgesetz ist trotz vieler wichtiger Ansätze viel Luft nach oben geblieben. Dem grünen Umweltminister kann man dabei die wenigsten Vorwürfe machen. Dass sein erstes deutsches Klimaschutzgesetz und der Klimaschutzplan wenig verbindlich bleiben und durch die Energie- und Verkehrspolitik anderer Ressorts konterkariert werden, kann man ihm nicht anlasten. Dass zum ersten Mal in der Geschichte ein deutscher Braunkohlentagebau verkleinert wird, ist ein Meilenstein.

Allerdings reicht das nicht annähernd aus, um die eigenen Klimaschutzziele zu erreichen. Das muss man dieser Landesregierung ankreiden.

Wir haben eine Nachhaltigkeitsstrategie, doch sie hilft uns wenig, wenn sie nicht auf allen Politikfeldern zum Handlungsleitfaden gemacht wird.

Der BUND hat zur Landtagswahl fünf zentrale Kernforderungen für ein zukunftsfähiges NRW aufgestellt:

1. Nachhaltige Entwicklung fördern.
2. Biodiversität erhalten und stärken.
3. Umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft voranbringen.
4. Klimaschutz verstärken.
5. Verkehrswende umsetzen.

Diese Kernforderungen sind mit einem prägnanten Hintergrundpapier unterlegt, an welchem wir die Kandidat*innen messen werden.

*Holger Sticht
... ist Vorsitzender
des BUND NRW e.V.*



S. Hoefel

 Die BUND-Kernforderungen zur Landtagswahl finden Sie unter www.bund-nrw.de/wahl2017

Neue Genehmigung für Datteln IV

Kniefall vor der Kohlelobby

Seit nunmehr 10 Jahren kämpft der BUND gegen das ebenso überflüssige wie umweltschädliche Uniper-Kohlekraftwerk Datteln IV. Mit Erfolg. Bis heute konnten die Fertigstellung und Inbetriebnahme durch unsere Klagen verhindert werden.

Doch jetzt hat die Bezirksregierung Münster eine neue immissionsschutzrechtliche Genehmigung erteilt. Für den BUND ist das ein „Kniefall der Landesregierung vor der Kohlelobby“.

Der 678 Seiten starke Genehmigungsbescheid offenbart weiterhin gravierende Mängel. „Auch die neue Genehmigung ist rechtswidrig und der BUND wird Klage dagegen einreichen“, sagte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper. Nach wie vor würde der Betrieb des Kraftwerks beispielsweise zu unzulässigen Schadstoff- und Stickstoffeinträgen in besonders empfindliche europäische Natura-2000-Schutzgebiete führen. Trotz strengerer Vorgaben in Sachen Quecksilberausstoß würden noch immer 56 Kilogramm des Nervengiftes in der Umgebung verteilt. Dazu kämen maximal 8,4 Millionen Jahrestonnen Kohlendioxid.

Für den BUND kommt die Ge-

nehmigung nicht überraschend, hatte die Landesregierung doch keinen Zweifel daran gelassen, das schon mehrfach vor Gericht gescheiterte Vorhaben unbedingt realisieren zu wollen. Erst mit der so genannten Zielabweichungsentscheidung hatte Rot-Grün den Weg für einen neuen Genehmigungsanlauf freigemacht. Offenbar hatte die Taktik von Uniper Erfolg, jenseits aller umweltrechtlicher und klimaschutzpolitischer Hindernisse erst einmal Fakten zu schaffen. „Die von den SPD-Kohlefreunden dominierte Landesregierung hatte nicht das Rückgrat, den Konzernwünschen zu widerstehen, so Krämerkämper.“ (dj)

 www.bund-nrw.de/datteln





D. Jansen

BUND fordert andere Agrarpolitik

Umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft jetzt!

Einmal mehr gingen 18.000 Menschen in Berlin für eine andere Agrarpolitik auf die Straße - darunter wieder viele BUND-Aktive aus NRW und die BUNDjugend, die auch gemeinsame Fahrten mit Bus und Bahn organisiert hatten.

Und wir machen weiter Druck: Fast die Hälfte der NRW-Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Gerade im Wahljahr 2017 werden in Bund und Land zentrale Weichen gestellt, wie es mit Landwirtschaft, Tierschutz, Artenvielfalt, unserem Grundwasser und unserer Ernährung weitergeht - und ob bäuerlich geführte Höfe erhalten bleiben oder immer weiter in Ausgedrückte werden.

Der BUND fordert einen grundlegenden Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung, das Ende des Schwänze- und Schnäbelkürzens und des Tötens von Eintagsküken, eine massive Reduzierung der Gülle-

mengen und die konsequente Bindung der Tierzahl an die Fläche. Um Wiesen und Weiden zu erhalten, gilt es in Regionen wie z.B. dem Niederrhein zusammen mit Landwirtschaft und Handel hochwertige Weidemilch-Programme auf den Weg bringen - NRW-Wirtschaftsförderung einmal anders!

Um weiteren Artenverlust zu stoppen, brauchen wir einen Ausstieg aus der Glyphosat-Landwirtschaft und klare Reduktionsziele auch bei allen anderen Agrargiften. Der BUND fordert deshalb Umbau und Stärkung der landwirtschaftlichen Beratung in NRW. Die Politik der Landesregierung, die nordrhein-westfälischen Äcker frei von Agro-Gentechnik zu halten, sich auf allen Ebenen aktiv für einen gentechnikfreien Anbau und Lebensmittel ohne Gentechnik einzusetzen und dieses als Qualitätszeichen auszubauen, ist konsequent fortzuführen. (rb)

Gefahr für Grundwasser Gülleflut in NRW

W Weil in Deutschland die Nitrat-Verunreinigung in Grund- und Oberflächengewässern zugenommen hat und wirksamere Maßnahmen zur Minderung der Nährstoffeinträge bisher ausbleiben, hat die EU-Kommission Anfang November eine Klage beim Europäischen Gerichtshof

eingereicht. Damit wächst der Handlungsdruck auf die Bundesregierung, gegen die übermäßige Ausbringung von Gülle und Gärresten in der Landwirtschaft vorzugehen.

Die Auswirkungen sind auch in NRW zu spüren. Die Situation des Grundwassers hat sich innerhalb der vergangenen Jahre vielerorts verschlechtert. Die Anzahl an Mastviehanlagen nimmt zu, der Anbau von Biomasse verdrängt

gewässerträgliche Bewirtschaftungsformen. Das erschreckende Ergebnis: 46 Prozent aller Grundwasserkörper sind übermäßig mit Nitrat belastet. Freiwillige Kooperationen zwischen der Land- und der Wasserwirtschaft allein konnten dem nicht entgegen wirken. Was wir brauchen, ist eine ambitionierte Düngeverordnung, den Stopp der Gülleimporte aus den Niederlanden und - letztendlich - weniger Fleischverzehr. (dj)

 www.bund-nrw.de/landwirtschaft

Der Wolf kehrt zurück

Im Jahr 2000 vermehrten sich zum ersten Mal wieder erfolgreich Wölfe in Deutschland, nachdem sie hier als Konkurrenten der Nutztierhalter spätestens um 1900 vollständig ausgerottet worden waren. 2016 gab es wieder 46 Rudel in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Aber wann bleiben sie endlich auch in Nordrhein-Westfalen?

Zwei Voraussetzungen waren entscheidend für den Erfolg der selbstständigen Wiederansiedlung des Wolfes: die Jagd, die zu seiner Ausrottung geführt hatte, wurde verboten. Und es gibt inzwischen mit Wildschwein, Reh und Rothirsch - vielfach auch Damhirsch - wieder ausreichend Nahrung für den Wolf. Doch weil Nutztiere wie Ziegen und Schafe ohne Schutzmaßnah-

im NRW-Umweltministerium derzeit ergänzend eine „Förderrichtlinie Wolf NRW“ in Arbeit. Ein Entwurf dazu wurde im August 2016 in der AG Wolf des Landesumweltamtes, in der auch der BUND mitarbeitet, vorgestellt. Die Naturschutzverbände haben Verbesserungsvorschläge eingebracht, über die es in der AG überwiegend Konsens gab. Wichtig ist, dass die Förderrichtlinie jetzt wie angekündigt zügig an Kraft gesetzt wird.

NRW benötigt Wolfsbüro

Darüber hinaus gilt es, die Informationsarbeit zu verstärken. Am Niederrhein und in Ostwestfalen-Lippe ist der BUND nach den dortigen Wolfsnachweisen bereits aktiv geworden. Auf Initiative des BUND-Vorstandsmitgliedes Achim Hertzke hat sich so zum Beispiel die Arbeitsgruppe Wolf OWL gegründet. Im Frühjahr ist eine gemeinsame regionale Informationsveranstaltung mit Beteiligung einer BUND-Wolfsberaterin geplant.

Bei vielen Menschen im ländlichen Raum löst das Thema Wolf noch Vorbehalte und Ängste aus. Beim Wolfmanagement in NRW muss diese Herausforderung noch ein stärkeres Gewicht erhalten, auch im Wolfmanagementplan. Der Plan soll mit seinen Maßnahmen zu Akzeptanz und einem konfliktarmen Miteinander beitragen. Deshalb darf er sich nicht auf Monitoring, wissenschaftliche Begleitung und Entschädigungsregelungen bei Wolfsschäden beschränken. Zum Plan muss auch gehören, für die wichtige Rolle der Beratungs- und Informationsarbeit Strukturen festzulegen und Ressourcen bereit zu stellen. Auch NRW benötigt für das Wolfmanagement ein Wolfsbüro, so wie es in Sachsen ausgesprochen erfolgreich arbeitet. Im Wolfsbüro werden dort alle Aufgaben, also neben dem Monitoring und der Entschädigungsregelung auch die Informations- und Bildungsarbeit zum Thema Wolf, fachkompetent gebündelt. Auch Niedersachsen ist inzwischen diesem Weg gefolgt.

Wann sich die erste Wolfsfamilie in NRW ansiedeln wird, wissen wir nicht. Aber wir wissen aufgrund der Erfahrungen aus den anderen Bundesländern, dass wir uns umfassend darauf vorbereiten müssen. Dann wird auch die Erfolgsgeschichte von der Rückkehr des Wolfes das Märchen vom bösen Wolf für alle Male aus den Köpfen verdrängen.

*Adalbert Niemeyer-Lüllwitz
... vertritt mit Achim Hertzke den
BUND in der AG Wolf NRW*



privat



Uwe Tichelmann

men mit dem geringsten Aufwand zu erbeuten sind, landen sie natürlich auch schon mal auf der Speisekarte des Wolfs.

Auch innerhalb des Naturschutzes gibt es deshalb Gesprächsbedarf, denn betroffene Nutztierherden leisten wertvolle Arbeit für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. In NRW muss deshalb zügig ein gut funktionierendes Wolfmanagement aufgebaut werden. Das Landesumweltamt hat im letzten Jahr dazu die erste Fassung eines Wolfmanagementplans NRW herausgegeben (s. Link). Ziel des Plans ist es, die Arbeit der Nutztierhalter in der Kulturlandschaft zu unterstützen, wirksamen Herdenschutz zu fördern und bei Bedarf eine Schadensregulierung anzubieten. Dazu ist

► www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuv/natur/pdf/Wolfmanagementplan.pdf



Gibt es bald auch wieder Wolfsnachwuchs am Niederrhein? Das diskutierten Günther Rinke, Vorsitzender der BUND-Kreisgruppe Wesel, Uwe Tichelmann vom Verein freilebender Wölfe und Ulf Helming, Wolfsbeauftragter vom Schafzuchtverband NRW.

Foto: U. Tichelmann, K. Eckel

Infoabend der BUND-Kreisgruppe Wesel **NRW ist Wolfserwartungsland**

Im Frühjahr 2016 hat eine Wölfin auf Wanderschaft zum ersten Mal den Niederrhein durchstreift. In der Dingdener Heide bei Wesel riss sie drei Ziegen und verletzte mehrere Schafe. Dass es sich um eine Wölfin aus der zentraleuropäischen Population handelt, bestätigte das Landesamt für Naturschutz nach der Auswertung der sichergestellten genetischen Proben, die vom Riss genommen wurden.

Seitdem sich Wolfsrudel im benachbarten Niedersachsen etabliert haben, ist NRW Wolfserwar-

tungsland. Bei der Wölfin aus der Dingdener Heide handelt es sich in NRW um den elften Nachweis eines Wolfes seit seinem ersten Auftreten in 2009.

Dies war Anlass für die BUND-Kreisgruppe Wesel, mit einem Infoabend „Wolf“ den vielen Fragen nachzugehen, die sich nicht nur die Halter von Nutztieren mit der Rückkehr des Wolfes stellen. Damit wollten die BUND-Aktiven einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Dass dies dringend notwendig ist, zeigte die zum Teil erregte Debatte mit den über 100

Besucher*innen des Infoabends. Für die BUND-Kreisgruppe Wesel stand nach der Diskussion fest, dass eine friedliche Koexistenz von Mensch und Wolf möglich ist. Bis dahin ist aber noch viel Aufklärung notwendig. Hilfreich war für die Naturschützer*innen auch, die Sorgen und Nöte der von einer Rückkehr des Wolfes am meisten betroffenen Nutztierhalter hautnah kennenzulernen. Die Basis für die dauerhafte Rückkehr des Wolfes nach NRW scheint aber gelegt.

Angelika Eckel

 www.bund-wesel.de

Außenseiter Wildschwein **Rückkehrer willkommen!**

Neben dem Wolf gibt es weitere, in NRW ursprünglich flächendeckend verbreitete Säugertierarten, die durch den Menschen ausgerottet worden waren und nun zurückkehren oder bereits zurück sind. Dazu gehören Fischotter, Biber, Luchs, Wildkatze und Wisent.

Entscheidender Grund für die Rückkehr war fast immer das Verbot der Jagd. Aber nicht jede Art konnte oder kann es aus eigener Kraft schaffen. Ein Zusammenleben ist mit allen Arten möglich und für unser Naturerbe wesentlich.

Auch das Wildschwein war in weiten Teilen Deutschlands in den 1930er Jahren durch Bejagung ausgerottet. So gab es beispielsweise in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein um 1940 keine Wildschweine mehr. In NRW hatte es in mehreren kleinen, voneinander isolierten Gebieten überleben können. Von dort aus startete nach dem Zweiten Weltkrieg die selbständige Wiederbesiedlung, die bis heute anhält - obwohl das Wildschwein nie unter Schutz stand.

Diese Erfolgsgeschichte hat



mehrere Ursachen. Die Jagd war in den Nachkriegsjahren stark eingeschränkt, sodass sich die kleinen Restpopulationen erholen konnten. Dazu trug auch die natürlicherweise hohe Nachkommenschaft beim Wildschwein bei, die allerdings erforderlich ist, um die in harten Wintern hohe Verlustrate auszugleichen. In den letzten Jahrzehnten wirkte sich vor allem die gestiegene Nahrungsverfügbarkeit positiv aus - nicht nur auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen, sondern auch im Wald durch die gehäufte Fruchtbildung bei Eiche und Buche. Und die Jagd dient längst in erster Linie der Freibeschäftigung, zu der auch die Hege zählt. Die französische, nach der leitenden Wissenschaftlerin benannte „Servantystudie“ von 2009 belegt anhand 22 Jahre währender Forschung, dass die Reproduktionsrate in nicht bejagten Beständen niedriger als in



bejagten liegt. Darauf deutet auch die Jagdstrecke (durch Jäger pro Jagdjahr getötete Tiere) hin: beim Wildschwein nimmt sie in NRW bei nahezu flächendeckender Jagd im Außenbereich kontinuierlich zu, während die Zahl der Konflikte steigt.

Schwein mit Image-Problem

Inzwischen hat das Wildschwein sogar ein „Image-Problem“. Dabei ist es eine wichtige Schlüsselart in unseren Ökosystemen, u.a. weil es durch seine Wühltätigkeit Rohbö-

den schafft, die für zahllose Artengemeinschaften, zum Beispiel für konkurrenzschwache Pionierpflanzen, unersetzlicher Lebensraum sind.

Die Konflikte mit der Landwirtschaft können – mit mehr Aufwand, aber dafür effektiv - durch mobile Elektrozaune deutlich gemindert werden. Zunehmend rücken Wildschweine aber auch dem Menschen „auf die Pelle“. Denn die intelligenten Tiere lernen schnell, dass die befriedeten Siedlungsbereiche für sie sicherer sind als der Außenbereich, wo sie meist stark verfolgt werden. Die Lösung der Probleme ist neben der Anpassung der Zaunanlagen auch die Beschränkung der Jagd auf Randzonen des Außenbereichs, und auch hier auf höchstens einjährige Tiere.

(hs)

 www.bund-nrw.de/naturschutz

Schmetterling des Jahres 2017

Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen haben die „Goldene Acht“ (*Colias hyale*) zum Schmetterling des Jahres 2017 gekürt. Die „Goldene Acht“ hat ihren Namen von dem achtförmigen, rot umrandeten Fleck auf der Flügel-Unterseite. Die Raupen ernähren sich von Luzerne und Klee und brauchen naturnahe blütenreiche Wiesen oder Weiden. In Nordrhein-Westfalen steht der Falter bereits auf der Roten Liste als gefährdet.

► www.bund-nrw.de/schmetterling-des-jahres



KURZ&BUND

+++ Vorankündigung LDV 2017:

Die nächste Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW findet am Sonntag, den 21. Mai 2017 in Köln statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor.

+++ BUND NRW mit neuer Website:

Grundlegend erneuert präsentiert sich seit Anfang Januar 2017 unser neuer Internet-Auftritt. Auch für mobile Endgeräte finden Sie dort wie gewohnt zahlreiche Mitmachvorschläge, Hintergrundinformationen und ein breites Serviceangebot. Schauen Sie mal herein!

► www.bund-nrw.de

IMPRESSUM: Das *NRWinfo* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**
 ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Beiträge zu dieser Ausgabe:** Ralf Bilke (rb), Angelika Eckel, Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Holger Sticht (hs) ♦ **Auflage:** 19.100 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFS WDE 33 XXX, Konto: DE 10 3702 0500 00082 04600 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRWinfo* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2017 ♦ © BUND NRW, Februar 2017

Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.